

# «Personenfreizügigkeit stellt die Spielregeln auf den Kopf»

Kluge Schweizer Politik zieht Zuwanderer an, die dann die Früchte miternten. Der Ökonom Reiner Eichenberger erklärt, wie die Personenfreizügigkeit die DNA der Schweiz verändert.

Beat Gygi

**D**ie Zuwanderung bleibt das heisseste Thema in der Schweizer Politik. In vielfältigsten Formen taucht es auf, wenn es um Schulen, Strassen, Energieversorgung, Wohnraum, Gesundheitskosten, Steuern, Arbeitsplätze oder AHV geht. Wie hängen diese Entwicklungen mit der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU zusammen? Der Ökonom Reiner Eichenberger erklärt hier, wie diese Rechtsregel in praktisch alle politischen Entscheidungen ausstrahlt und die Demokratie der Schweiz verändert – mit dramatischen Folgen. Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Ü. und Forschungsdirektor des Instituts Crema. Er hat sich in der Zuwanderungsdebatte mit Lösungsvorschlägen profiliert, die den gesellschaftlichen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit besser Rechnung tragen sollen.

**Weltwoche:** Herr Eichenberger, die Resultate der Volksabstimmungen aus jüngerer Zeit sehen aus wie eine Links-rechts-Pendelbewegung: Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz und zur 13. AHV-Rente, Nein zum Autobahnausbau eher links, Nein zur Erbschaftssteuer- und zur Service-citoyen-Initiative eher rechts. Lassen sich Volksentscheide so erklären?

**Reiner Eichenberger:** Nein, ein so schneller Links-rechts-Slalom der Bürger ist unrealistisch.

**Weltwoche:** Welche Erklärungen sehen Sie dann?

**Eichenberger:** Abstimmungsentscheide haben immer viele Ursachen. Zwei sind heute aus meiner Sicht besonders wichtig. Erstens glauben viele Bürger den Politikern nicht mehr, dass das Versprochene auch umgesetzt wird. Deshalb interessiert es sie nicht mehr, worum es wirklich geht, und sie stimmen nicht mehr für die Politik, die gut für sie wäre. Vielmehr stimmen sie so, wie es ihnen ein gutes Gefühl gibt, was moralisierenden Vorlagen nützt – ausser diese sind so absurd wie die Erbschaftssteuerinitiative.

**Weltwoche:** Und zweitens?

**Eichenberger:** Als noch wichtiger sehe ich die Personenfreizügigkeit mit der EU an. Sie

stellt die Spielregeln der Schweizer Politik auf den Kopf.

**Weltwoche:** Wie?

**Eichenberger:** Wenn die Personenfreizügigkeit Teil der Schweizer Rechtsordnung ist, lohnt sich gute Politik für die normalen Bürger nicht mehr.

**Weltwoche:** Wie muss man sich das vorstellen?

**Eichenberger:** Mit klugen Massnahmen zur Verbesserung des schweizerischen Lebensstandards und der Wettbewerbsfähigkeit nehmen die Standortattraktivität der Schweiz und damit der Zuwanderungsdruck zu.

**Weltwoche:** Und die Zuwanderung...

**Eichenberger:** ...erhöht die Füllungskosten, also die Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umweltqualität, Selbstversorgung und Selbstentsorgung. Typisch ist etwa die CO<sub>2</sub>-Politik, die mit Zuwanderung

*«Viele Bürger glauben den Politikern nicht mehr, dass das Versprochene auch umgesetzt wird.»*

schnell teurer wird. Kurz gesagt: Investieren in eine kluge Politik zur Verbesserung der Lage der Normalbürger lohnt sich wegen der Personenfreizügigkeit nicht mehr. Denn Verbesserungen locken immer neue Nutzniesser an, die von aussen zuströmen und die Früchte miternten, zu deren Entstehung sie nichts beigetragen haben. Das hat einen gewaltigen negativen Einfluss auf die Lebensqualität in der Schweiz.

**Weltwoche:** Weil die Personenfreizügigkeit das Land offenhält für die freie Zuwanderung?

**Eichenberger:** Ja, mit dramatischen Konsequenzen für die Politik. Dies führt dazu, dass der Schweizer Wohlstand nicht mehr durch unsere eigene Politik bestimmt wird, sondern praktisch durch das EU-Niveau vorgegeben wird.

**Weltwoche:** Wie beeinflusst das die Bürger in ihrem Handeln?

**Eichenberger:** Die Menschen sagen sich: Wenn es ohnehin nicht mehr darauf ankommt,

wie wir eigentlich entscheiden und was wir tun, dann fahren wir am besten, wenn wir kurzfristig denken und noch schnell selber möglichst viel Tafelsilber an uns nehmen, bevor es an alle verteilt wird. Es gibt grosse Vermögenswerte beim schweizerischen Staat, auf die das Volk zugreifen könnte, man kann direkt Geld aus der Kasse nehmen oder auf Pump leben. Die Anreize zur Geldverschleuderung und zum Schuldenmachen steigen. Die Debatte über die Schuldenbremse zeigt es.

**Weltwoche:** Also Geld ausgeben für eigenen Konsum auf Staatskosten, finanziert durch Staatsverschuldung beziehungsweise künftige Generationen?

**Eichenberger:** Das ist aus Sicht der Schweizer Bürger eine effiziente Strategie, um die Zuwanderer zu belasten, denn die Last von Staatschulden müssen die Zugezogenen mittragen. Das verringert die Attraktivität des Standortes Schweiz und somit den Zuwanderungsdruck.

**Weltwoche:** Was ist denn eigentlich gute und was schlechte Politik für die Schweiz?

**Eichenberger:** «Gute Politik» heisst freie, wettbewerbliche Märkte, sparsamer Umgang mit den knappen Ressourcen, einschliesslich der Finanzen, Verursacherprinzip in Problem-bereichen und anreizgerechte Sozialpolitik. Daraus resultieren hohe Löhne, tiefe Preise und eine niedrige Steuerlast. «Schlechte Politik» bedeutet Subventionen, Regulierung und Markteingriffe zur kurzfristigen Bedienung gutorganisierter Sonderinteressen; daraus resultieren tiefe Löhne, hohe Preise, hohe Mieten und hohe Steuern.

**Weltwoche:** Wohin läuft das heute?

**Eichenberger:** Politiker reissen sich viel zu sehr um die Verteilung des Kuchens statt um das Backen eines grossen Kuchens. Umverteilung bedeutet zumeist, dass der Staat dem Mittelstand Geld wegnimmt und es mit grosser Bürokratie wieder an den Mittelstand verteilt. Unter den gegenwärtigen Regulierungen und Steuern kann nicht zu anständigen Preisen gebaut werden. Auch eine vernünftige Verkehrspolitik ist nicht möglich, obwohl es klare Vorstellungen darüber gäbe. Heute dominiert

ein unsäglich mühsamer Kampf um die Bewirtschaftung der sozialen Probleme.

**Weltwoche:** Das tönt nach linker Politik.

**Eichenberger:** Ja, ich halte einen grossen Teil der linken Politik für Problembewirtschaftung. Man schafft Probleme und konserviert diese als Probleme. Das gibt es aber auch auf bürgerlicher Seite. Das war früher anders in der Schweiz, unter anderem weil wir damals noch einen starken Föderalismus hatten.

**Weltwoche:** Das heisst, aus den Kantonen kamen früher mehr Problemlösungsvorschläge?

**Eichenberger:** Ja, die gibt es heute viel weniger. Die kantonale Politik wird eingengt durch den Finanzausgleich. Dieser gibt zwar den Kantonen stärkeren Ansporn zur Sparsamkeit als früher, aber er hat den Politikern und Bürgern die Anreize genommen, die Finanzkraft ihres Kantons durch gute Politik zu stärken. Finanzausgleich ist ähnlich wie Sozialhilfe: Wer fleissig arbeitet, verliert die Unterstützung.

**Weltwoche:** Und das ergibt eine Nivellierung der Anstrengung nach unten?

**Eichenberger:** Ja, und in Europa passiert in grossem Massstab Ähnliches: Eine Nivellierung nach unten, vorangetrieben durch die Personenfreizügigkeit der EU. Länder mit schwachen Institutionen können sich kaum entwickeln und von den erfolgreichen lernen. Der Ausgleich erfolgt über Wanderungen der Menschen von schlechten zu attraktiveren Standorten.

**Weltwoche:** Im Schweizer Föderalismus zeigt sich immerhin, dass die Kantone doch in gewissem Mass voneinander lernen.

**Eichenberger:** Ja, aber in der EU findet das kaum statt. Die Schwachen sind so viel schwächer als die Starken, dass ein Nachahmungswille fehlt. Das trifft die Schweiz hart. Wir haben Personenfreizügigkeit vereinbart mit einem grossen Raum, der EU, der von der Lebensqualität her klar tiefer war als die Schweiz. Es ist unausweichlich, dass das die schweizerische Lebensqualität in Richtung EU-Niveau drückt. Ausser man glaubt – wie früher ein paar Leute –, dass die EU sich schnell auf das Schweizer Niveau hocharbeitet. Das ist aber mehr als naiv.

**Weltwoche:** Oft kommt das Argument, die Personenfreizügigkeit ge-



«Liberalismus heisst nicht Gratiszuwanderung»:  
Ökonom Eichenberger.

höre zwingend zu einer liberalen Ordnung.

**Eichenberger:** Das ist falsch. Liberalismus heisst nicht Personenfreizügigkeit mit Gratiszuwanderung. Liberalismus bedeutet offene Märkte, klare Eigentumsrechte und Verursacherprinzip. Wer anderen Kosten verursacht, muss dafür bezahlen. Das zeigt: Personenfreizügigkeit ist das Gegenteil von liberal. Pointiert gesagt, ist sie sozialistisch. Sie hebt die Eigentumsrechte der Schweizer an ihrem Land, ihren Ertragschaften auf. Gute Politik verlangt grosse Investitionen. So haben wir ein grosses Staatsvermögen erarbeitet. Pro Kopf ist es viel grösser als in anderen Ländern. Gute Politik lohnt sich nur, wenn man selber ihre Früchte ernten kann. Muss man diese mit ganz Europa teilen, dann ist es klüger, man nimmt sich die Früchte vorher.

**Weltwoche:** Wenn die Schweizer Bürger wegen der EU-Personenfreizügigkeit auf kluge Politik verzichten – wie passen die erwähnten Volksabstimmungen in dieses Muster?

**Eichenberger:** Für die Service-citoyen-Initiative ist klar: Da wurde eine Ausweitung der Dienstpflicht für Schweizer und Schweizerinnen vorgeschlagen, die allein die Inländer belastet und sie gegenüber den Zuwanderern in einen zusätzlichen Nachteil versetzt hätte. Das erklärt die klare Ablehnung. Auch das Nein zum Autobahnausbau passt ins Bild. Die Bürger haben begriffen, dass der Autobahnausbau einfach zusätzlichen Verkehr erzeugt. Dann lieber Flaschenhalse als wirkungsvolle Zuwanderungsbremsen belassen – Verkehrsstaus machen die Schweiz unattraktiver. Als Zuwanderungsbremse wirken auch höhere Landpreise. Wenn man Wohnungen baut und so die Wohnungspreise verringert, profitieren aber die Zuzüger davon, deshalb gibt es Vorschläge für Schweizer Vorrang, die aus liberaler Sicht abwegig sind – aber eben das Resultat des Zuwanderungsdrucks.

**Weltwoche:** Und die 13. AHV-Rente?

**Eichenberger:** Viele denken, das sei schlimm für die Jungen, die durch Umverteilung belastet würden, und gut für die Alten. Falsch. Da wird vergessen, dass es innerhalb der Familie einen riesigen Finanzausgleich gibt. Die Alten geben das Geld an die Jungen, und die Jungen helfen ihrerseits den Alten bei Bedarf. Wenn Ältere mehr AHV bekommen, trifft das

auch ihre Nachkommen, über Erbschaften, aber vor allem über Schenkungen und laufende Zuwendungen. Das Auto finanziert durch die Grossmutter, die Hypothek durch die Eltern.

**Weltwoche:** Und der Zusammenhang mit der Zuwanderung?

**Eichenberger:** Wer hat Ältere in der Familie mit AHV-Anspruch? Das sind fast alles Schweizer, eingebürgert oder schon aus früherer Zeit schweizerisch. Wer dagegen wenig AHV-Bezü-

*«Es ist unausweichlich, dass das die schweizerische Lebensqualität in Richtung EU-Niveau drückt.»*

ger in der Familie hat, sind die Menschen, die neu zugezogen sind. Und die sind hier Nettozahler.

**Weltwoche:** Wie genau?

**Eichenberger:** Die haben kein Stimmrecht, helfen aber über Lohnbeiträge und Steuern mit, die 13. AHV zu finanzieren. Man spricht von einem weiteren Mehrwertsteuerprozent für die AHV. Würden die Zugewanderten da nicht mitzahlen, wären es für die Schweizer 1,2 oder 1,3 Mehrwertsteuerprocente. In einem geschlossenen Land wäre das eine abwegige Umverteilung, aber sobald Nettozahler von aussen kommen, wird es vernünftig. So eignen sich die Inländer instinktiv Tafelsilber an.

**Weltwoche:** Auch kraft ihres Stimmrechts.

**Eichenberger:** Ja, über 40 Prozent der Dreissig- bis Vierzigjährigen sind Ausländer und haben kein Stimmrecht. Wir sind fast da zurück, wo wir waren vor dem Frauenstimmrecht – mit dem Unterschied, dass die Frauen sehr ähnliche Meinungen hatten wie ihre Männer und umgekehrt. Heute ist das anders, heute entscheiden die Schweizer über die Zuwanderer, die zwar auch Steuern zahlen, aber nicht gefragt werden.

**Weltwoche:** Ist das ein Problem?

**Eichenberger:** Die Folgen sind gewaltig. Grosse Stärken der Schweiz waren einmal ein sehr freier Arbeitsmarkt und ein sehr freier Wohnraummarkt. Das wird jetzt alles durchreguliert wegen der Personenfreizügigkeit. Verbände wie Economiesuisse und andere Topverbände geben sich liberal, fordern immer Personenfreizügigkeit und befeuern so genau all die Regulierungen, welche die grossen Erfolgsfaktoren der Schweiz, die freien Märkte, aushebeln.

**Weltwoche:** Sehen die Befürworter der Personenfreizügigkeit diese Gefahren einfach nicht?

**Eichenberger:** So ist es nicht. Entscheidend sind die unterschiedlichen Interessen. Fast niemand, der in der Politik Unsinniges behauptet, ist dumm, sondern hat bestimmte Interessen. Man muss sie analysieren. Eine wichtige Entscheidung ist aus meiner Sicht die zwischen normalen Bürgern und Spezialbürgern.

**Weltwoche:** Was sind das für Gruppen?

**Eichenberger:** Normalbürger sind an guter Lebensqualität, an Wohlstand und entsprechenden Lebensbedingungen interessiert. All das hängt eng mit dem Bruttoinlandprodukt pro Kopf zusammen. Dieses erlaubt einem ein gutes persönliches Einkommen, um die wichtigen Dinge des Lebens zu erwerben, Gesundheit, Bildung für die Kinder, Sicherheit, Entscheidungsfreiheit, im weiteren Sinn Lebensqualität und Lebenszufriedenheit.

**Weltwoche:** Es geht also gar nicht um das gesamte Bruttoinlandprodukt pro Land?

**Eichenberger:** Ja genau. Für die Normalbürger ist die Gesamtsumme unwichtig. Wenn Sie in Liechtenstein leben, haben Sie ein höheres Bruttoinlandprodukt pro Kopf als in grossen Teilen Chinas. Das ist sehr attraktiv, obwohl das Land ein winziges Bruttoinlandprodukt hat. Pro Kopf gerechnet, sind viele Kleinststaaten viel besser als die Grossen, die von der Gesamtsumme her imposant wirken. Für die Normalbürger zählt das persönliche Resultat.

**Weltwoche:** Aber nicht für die anderen?

**Eichenberger:** Das ist der Unterschied zu den Spezialbürgern. Für diese zählt das gesamte Bruttoinlandprodukt des Landes. Sie wollen, dass ihr Land möglichst gross wird, viele Einwohner hat, Masse darstellt.

**Weltwoche:** Sind diese Leute denn nicht an persönlichen Vorteilen interessiert?

**Eichenberger:** Doch, und wie. Aber sie profitieren von der Grösse der Institutionen, in denen sie wirken. Spezialbürger sind in der Regel oben in gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Pyramiden angesiedelt. Je grösser, je breiter diese Pyramide unten wird, desto grösser ist ihre Führungsspanne, und desto mehr bleibt bei ihnen hängen. Nehmen wir die Politik. Welcher Gemeindepräsident hat lieber 7000 als 9000 Einwohner in seiner Gemeinde? Die meisten haben lieber 9000. Mehr Leute zahlen mehr Steuern und bedeuten mehr Budget, mehr Bedeutung, Verwaltungsmacht. Natürlich muss man dann irgendwann auch neue Schulhäuser bauen, aber Politiker lieben es normalerweise, Schulhäuser zu bauen.

**Weltwoche:** Grössenwachstum als persönliche Vorliebe?



**Eichenberger:** Ja, da können sie in ihren Positionen mehr machen, haben sie mehr Einfluss. Nicht nur Grösse, sondern auch Wachstum ist für die Politiker fantastisch. Und das Gleiche gilt für Spitzenverbände: Je grösser die Basis wird, je mehr Firmen bei ihnen Mitglieder sind, je grösser diese Firmen werden, desto toller ist das für ihre Führungsleute. Verbände sind meistens finanziert über Umsätze oder Grösse und Anzahl ihrer Mitglieder. Auch die Chefs von Firmen in wirtschaftlich geschützten Branchen lieben Bevölkerungswachstum. Für die grossen Detailhändler bedeutet ein Bevölkerungswachstum von 1 Prozent pro Jahr automatisch 1 Prozent mehr Umsatz pro Jahr. Dank Zuwanderung gibt es Wachstum und Boni für Manager, ähnlich verhält es sich bei den Grossbanken und Finanzkonzernen. Das ist das, was ich Vitamin 3 B nenne.

**Weltwoche:** Was heisst «3 B»?

**Eichenberger:** Die Zuwanderung wirkt für die Spezialbürger wie ein Vitamin. Warum 3 B?

*«Die einfachste Lösung wäre eine Aufenthaltsabgabe nach dem Modell einer hohen Kurtaxe.»*

Zuwanderung bringt Budget, Bedeutung und Boni für die Spezialbürger, die oben in den Pyramiden sind, das unterscheidet sie von den Normalbürgern. Das erklärt auch, warum die Spezialbürger die Welt so anders sehen als die Normalbürger.

**Weltwoche:** Und die Spezialbürger sind die vehementen Verfechter der Personenfreizügigkeit?

**Eichenberger:** Ja, die Personenfreizügigkeit führte dazu, dass die Schweiz in Europa, ausser Luxemburg, das klar grösste Bevölkerungswachstum durch Migration erlebt hat – mit all den Überfüllungsfolgen. Man kann sich nur wundern, wie wirklich kluge Leute in den Spitzenverbänden, in der Bundesverwaltung und der Diplomatie, auf diese Schiene kommen konnten. Aber klar, die Antwort ist Budget, Bedeutung, Boni. Das ist das Problem, in dem wir stecken.

**Weltwoche:** Sie schlagen zur Entschärfung des Zuwanderungsproblems eine Art Kurtaxe für die ersten paar Jahre nach dem Zuzug vor.

**Eichenberger:** Die Lösung ist einfach. Idealerweise können die Menschen ohne bürokratische Hindernisse frei wandern – aber sie sollten für den Aufenthalt im Zuwanderungsort so viel bezahlen, dass es sich für dessen Bürger wieder lohnt, richtig gute Politik zu betreiben. Die einfachste Lösung wäre eine Aufenthaltsabgabe nach dem Modell einer hohen Kurtaxe, beispielsweise während fünf Jahren 10 000 Franken pro Jahr. Das würde die Zuwanderung in vernünftige Bahnen lenken und brächte den Schweizern eine schöne Belohnung für gute Politik.